



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 2. bis 3. Februar 2011

EP-Abgeordnete erörtern den bevorstehenden Energie-Gipfel..... 3

Die Europaabgeordneten werden die strategischen Ziele der EU im Bereich Energie im Vorfeld des Europäischen Ratsgipfels mit Rat und Kommission erörtern. Die Tagung des Europäischen Rates, die am 4. Februar stattfindet, konzentriert sich auf die Themen Energie und Innovation. Die Debatte ist für Mittwoch angesetzt.

Bessere Entsorgung von Elektro- und Elektronikschrott..... 4

Am Donnerstag wird das Parlament eine Neufassung der Richtlinie zu Sammlung und Recycling von Elektromüll sowie zur Unterbindung der illegalen Ausfuhr von Altgeräten der Unterhaltungselektronik verabschieden. Ob kaputte Kühlschränke oder überzählige Telefone - die Menge des in der EU anfallenden Elektro- und Elektronikschrotts nimmt rapide zu.

Tunesien: Parlament diskutiert über die Jasminrevolution..... 5

Das Europäische Parlament wird über die angespannte politische Lage in Tunesien diskutieren. Ferner werden die Abgeordneten eine Resolution über die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und dem Maghreb-Staat im Gefolge der so genannten Jasminrevolution verabschieden. Der Abstimmung über die Entschließung am Donnerstag wird am Mittwoch eine Debatte mit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton vorausgehen.

Südsudan: Abgeordnete werden über Zeit nach dem Referendum diskutieren ... 6

Die EU-Abgeordneten werden mit der Hohen Vertreterin Catherine Ashton das Engagement der EU im Anschluss an das kürzlich abgehaltene Referendum über den künftigen Status des Südsudans diskutieren. Viele Herausforderungen, wie Lösung der Frage der Grenzziehung, die Verteilung der Öleinkünfte und die Schaffung eines lebensfähigen Staates, stehen an, zumal bisherige Teilergebnisse zeigen, dass die Wähler sich für die Abspaltung Jubas vom Norden ausgesprochen haben.

EU erkennt Völkermord an den Roma während des Zweiten Weltkriegs an..... 7

Bei der Eröffnung der Plenarsitzung in Brüssel wird Parlamentspräsident Jerzy Buzek eine Stellungnahme zur Anerkennung des Völkermordes an den Roma abgeben. Anschließend werden die Fraktionsvorsitzenden das Wort ergreifen. Während des Zweiten Weltkrieges wurden in den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten Osteuropas Zehntausende Roma umgebracht. Es wurden auch Tausende Roma in Vernichtungslagern ermordet.

Steigende Nahrungsmittelpreise im Zentrum der EP-Debatte..... 8

Seit 2009 sind die Preise für Grundnahrungsmittel weltweit in die Höhe geschneilt. Extreme Preisschwankungen setzen seitdem Hersteller und Verbraucher in der EU ebenso wie in Entwicklungsländern zunehmend unter Druck. Die Abgeordneten werden mit Vertretern von Rat und Kommission erörtern, wie die EU dem Problem der Spekulation im Handel mit Nahrungsmittelderivaten begegnen und eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung sicherstellen kann.

Demokratische Kontrolle über Finanzmittel für Entwicklungs und Menschenrechte gefordert..... 9

Die Notwendigkeit einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle über EU-Finanzierung von Projekten in Drittländern wird am Donnerstag in einer Abstimmung nach zweiter



Plenartagung

Lesung zur Revision externer Finanzierungsinstrumente der EU erneut bekräftigt. Projekte dieser Art beziehen sich etwa auf die Förderung von Entwicklungszusammenarbeit, Demokratie oder Menschenrechten.

EP zur Müllkrise in Kampanien..... 10

Die Nicht-Umsetzung von EU-Gesetzgebung im Bereich Abfallwirtschaft durch Italien wird nächsten Donnerstag Gegenstand einer Entschließung des Europäischen Parlaments sein.

Weitere Punkte auf der Tagesordnung..... 11

Pressedienst (Brüssel) :
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: (+32) 498 98 35 50
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 74651
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74151
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :
Jens POTTHARST

ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 17 257 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu

Pressedienst (Wien) :
Georg PFEIFER

ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06
STR: (+33) 3 881 74848
PORT: (+43) 699 104 68 901
EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroParlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Plenarsitzung auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

EP-Abgeordnete erörtern den bevorstehenden Energie-Gipfel

Die Europaabgeordneten werden die strategischen Ziele der EU im Bereich Energie im Vorfeld des Europäischen Ratsgipfels mit Rat und Kommission erörtern. Die Tagung des Europäischen Rates, die am 4. Februar stattfindet, konzentriert sich auf die Themen Energie und Innovation. Die Debatte ist für Mittwoch angesetzt.

Während der Debatte werden voraussichtlich Themen wie Energiepolitik, der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, Versorgungssicherheit und die Einführung von verbindlichen Zielen angesprochen. Das Parlament interessiert sich zudem für die Pläne, wie der Europäische Forschungsraum abgeschlossen und die Rahmenbedingungen für Innovation verbessert werden können. Ferner ist ihm sehr daran gelegen, mehr darüber zu hören, wie EU-Forschungsprogramme vereinfacht und effizienter gestaltet werden können.

Debatte: Mittwoch, 2. Februar 2011

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen:

- [Webseite des Europäischen Rates](#)

Plenartagung

Bessere Entsorgung von Elektro- und Elektronikschrott

Am Donnerstag wird das Parlament eine Neufassung der Richtlinie zu Sammlung und Recycling von Elektromüll sowie zur Unterbindung der illegalen Ausfuhr von Altgeräten der Unterhaltungselektronik verabschieden. Ob kaputte Kühlschränke oder überzählige Telefone - die Menge des in der EU anfallenden Elektro- und Elektronikschrotts nimmt rapide zu.

Die von der Richtlinie vorgesehenen Ziele in Bezug auf Sammlung, Behandlung und Wiederverwertung von Altgeräten werden im Verhältnis zur Menge der elektrischen und elektronischen Geräte festgelegt, die auf den Markt kommen. Der parlamentarische Umweltausschuss hat empfohlen, dass Mitgliedstaaten bis 2016 85 % der elektrischen und elektronischen Altgeräte einsammeln und je nach Gerätekategorie 50 % - 75 % davon wiederverwerten. Die Wiedergewinnung von Rohmaterialien bietet der Wirtschaft und Umwelt klare Vorteile.

Die Abgeordneten wollen auch die illegale Ausfuhr von Elektro- und Elektronikschrott in Nicht-EU-Staaten unterbinden, da Risiken für Gesundheit und Umwelt entstehen, wenn Recycling unter Bedingungen stattfindet, die nicht EU-Standards entsprechen. Klarere Regeln könnten bei der Unterscheidung zwischen wieder verwertbaren Geräten, deren Export erlaubt wäre, und Schrott, dessen Export untersagt wäre, helfen. Die Einhaltung dieser Regeln ist durch strengere Kontrollen sicherzustellen.

Der Gesetzesentwurf ist eine Neufassung der von Karl-Heinz Florenz (CDU, Deutschland) entworfenen Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus dem Jahr 2003, deren Schwachpunkte und Anwendungsmodalitäten es zu verbessern galt. Überdies soll die Novelle zur Vereinfachung der Bestimmungen und zur Verringerung der Verwaltungskosten beitragen.

Mit dem Rat wurde diesbezüglich noch keine Einigung erzielt. Er wird seine Position nach der Abstimmung im Parlament festlegen.

Eine Pressekonferenz des Berichterstatters ist geplant für Donnerstag, den 3. Februar 2011 um 13 Uhr (Änderungen vorbehalten).

Debatte: Donnerstag, 3. Februar 2011

Abstimmung: Donnerstag, 3. Februar 2011

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren - Mitentscheidungsverfahren

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Karl-Heinz Florenz \(EVP, DE\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Umweltausschuss, 22. Juni 2010 \(EN\)](#)

Plenartagung

Tunesien: Parlament diskutiert über die Jasminrevolution

Das Europäische Parlament wird über die angespannte politische Lage in Tunesien diskutieren. Ferner werden die Abgeordneten eine Resolution über die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und dem Maghreb-Staat im Gefolge der so genannten Jasminrevolution verabschieden. Der Abstimmung über die Entschließung am Donnerstag wird am Mittwoch eine Debatte mit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton vorausgehen.

Die andauernden Proteste in Tunesien waren Gegenstand einer Stellungnahme des Parlamentspräsidenten, Jerzy Buzek, und den Fraktionsvorsitzenden während der Eröffnung der Plenarsitzung in Straßburg am 17. Januar. Die parlamentarische Delegation für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern forderte eine unabhängige Untersuchung zur Verantwortung der tunesischen Regierung bei der Anwendung von Gewalt gegen Demonstranten.

Debatte: Mittwoch, 2. Februar 2011

Abstimmung: Donnerstag, 3. Februar 2011

Verfahren: Entschließung

Weitere Informationen:

- [Entwurf einer Entschließung \(EN/FR\)](#)
- [Maghreb-Delegation: Offizielle Erklärung, die eine unabhängige Untersuchung in Tunesien fordert](#)

Plenartagung

Südsudan: Abgeordnete werden über Zeit nach dem Referendum diskutieren

Die EU-Abgeordneten werden mit der Hohen Vertreterin Catherine Ashton das Engagement der EU im Anschluss an das kürzlich abgehaltene Referendum über den künftigen Status des Südsudans diskutieren. Viele Herausforderungen, wie Lösung der Frage der Grenzziehung, die Verteilung der Öleinkünfte und die Schaffung eines lebensfähigen Staates, stehen an, zumal bisherige Teilergebnisse zeigen, dass die Wähler sich für die Abspaltung Jubas vom Norden ausgesprochen haben.

Die vorläufigen Ergebnisse des Referendums werden voraussichtlich am 2. Februar bekannt gegeben. Die EU-Beobachtermission steht unter der Leitung von Veronique de Keyser (S&D, Belgien). Die sechsköpfige EP-Delegation wird von der bulgarischen Europaabgeordneten Mariya Nedelcheva (EVP) geführt. Ferner gehören der deutsche Christdemokrat Joachim Zeller und der fraktionslose Österreicher Martin Ehrenhauser der Delegation an.

Debatte: Mittwoch, 2. Februar 2011

Verfahren: Stellungnahme der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission/Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik

Weitere Informationen:

- [Webseite der EU-Beobachtermission](#)

Plenartagung

EU erkennt Völkermord an den Roma während des Zweiten Weltkriegs an

Bei der Eröffnung der Plenarsitzung in Brüssel wird Parlamentspräsident Jerzy Buzek eine Stellungnahme zur Anerkennung des Völkermordes an den Roma abgeben. Anschließend werden die Fraktionsvorsitzenden das Wort ergreifen. Während des Zweiten Weltkrieges wurden in den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten Osteuropas Zehntausende Roma umgebracht. Es wurden auch Tausende Roma in Vernichtungslagern ermordet.

Einige EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland 1982, haben den Völkermord an den Roma im Zweiten Weltkrieg bereits anerkannt. Sollte die Europäische Union den Völkermord ebenfalls anerkennen, wäre dies ein historisches Ereignis für die größte Minderheit in der EU. Am 27. Januar 2011 wurde in Europa der 66. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau begangen.

Debatte: Mittwoch, 2. Februar 2011

Verfahren: Stellungnahme des Parlamentspräsidenten

Weitere Informationen:

- [Webseite des Parlamentspräsidenten Jerzy Buzek](#)

Plenartagung

Steigende Nahrungsmittelpreise im Zentrum der EP-Debatte

Seit 2009 sind die Preise für Grundnahrungsmittel weltweit in die Höhe geschneilt. Extreme Preisschwankungen setzen seitdem Hersteller und Verbraucher in der EU ebenso wie in Entwicklungsländern zunehmend unter Druck. Die Abgeordneten werden mit Vertretern von Rat und Kommission erörtern, wie die EU dem Problem der Spekulation im Handel mit Nahrungsmittelderivaten begegnen und eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung sicherstellen kann.

Aussprache: Mittwoch, 2. Februar 2011

Abstimmung: 14. - 17. Februar 2011

Verfahren: Stellungnahme von Rat und Kommission mit Entschließung

Weitere Informationen:

- [Entwurf einer Entschließung \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Demokratische Kontrolle über Finanzmittel für Entwicklungs- und Menschenrechte gefordert

Die Notwendigkeit einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle über EU-Finanzierung von Projekten in Drittländern wird am Donnerstag in einer Abstimmung nach zweiter Lesung zur Revision externer Finanzierungsinstrumente der EU erneut bekräftigt. Projekte dieser Art beziehen sich etwa auf die Förderung von Entwicklungszusammenarbeit, Demokratie oder Menschenrechten.

Im Oktober 2010 sprach sich das Parlament in einer Abstimmung nach erster Lesung mit überwältigender Mehrheit für die Erlassung "delegierter Rechtsakte" zum Zweck der Schaffung externer Finanzierungsinstrumente aus. Dieses bietet den Abgeordneten die Möglichkeit, zu verlangen, dass Vorschläge und Projekte in Drittländern geändert werden können. Damit verschafft es dem Parlament de facto ein Vetorecht.

Die EU-Mitgliedstaaten lehnten die Schaffung solcher Finanzierungsinstrumente jedoch ab. Trotz dieser Ablehnung beschlossen die Abgeordneten des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, des Entwicklungsausschusses und des Ausschusses für Internationalen Handel, an der ursprünglichen Auffassung des Parlamentes festzuhalten. Sie werden voraussichtlich die Position der Mitgliedstaaten abändern. Da der Rat mit großer Wahrscheinlichkeit den Änderungen durch das Parlament nicht zustimmen wird, könnte das Verfahren in den Vermittlungsausschuss gehen.

Gemäß den Bestimmungen des Lissabon-Vertrages entscheidet das Parlament zusammen mit dem Rat über nahezu alle neuen Gesetze. Es verfügt jedoch nicht über ein wirkliches Mitspracherecht bei der Einführung von EU-Instrumenten für externe Zusammenarbeit. Um dieses demokratische Defizit abzumildern, ermächtigt Artikel 290 des Lissabon-Vertrages das Parlament als gemeinsamen Gesetzgeber zusammen mit dem Rat, einige Entscheidungsvorschläge der Kommission, wo und wie Geld ausgegeben werden soll, abzulehnen oder diese sogar zu widerrufen.

Mit diesem Geld könnten etwa zivilgesellschaftliche Organisationen in Belarus oder tunesische Menschenrechtsaktivisten bei ihrer Arbeit für Menschenrechte oder die Abschaffung der Todesstrafe finanziell unterstützt werden. Die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) verfügt über ein Budget von 1,104 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2007 - 2013.

Aussprache: Donnerstag, 3. Februar 2011

Verfahren: Zweite Lesung (keine Einigung mit dem Rat)

Weitere Informationen:

- [Instrument für die Zusammenarbeit mit Industrieländern - Helmut Scholz \(Bündnis90/Die Grünen, DE\)](#)
- [Menschenrechte/Demokratie - Kinga Gál \(EVP, HU\)/Barbara Lochbihler \(Bündnis90/Die Grünen, DE\)](#)
- [Finanzierungsinstrument für Entwicklungszusammenarbeit - Gay Mitchell \(EVP, Irland\)](#)
- [Instrument für Entwicklungszusammenarbeit - Charles Goerens \(ALDE, Luxemburg\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Gay Mitchell \(EVP, Irland\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Charles Goerens \(ALDE, Luxemburg\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Kinga Gál \(EVP, Ungarn\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Barbara Lochbihler \(Bündnis90/Die Grünen, Deutschland\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Helmut Scholz \(Bündnis90/Die Grünen, Deutschland\)](#)

Plenartagung

EP zur Müllkrise in Kampanien

Die Nicht-Umsetzung von EU-Gesetzgebung im Bereich Abfallwirtschaft durch Italien wird nächsten Donnerstag Gegenstand einer Entschließung des Europäischen Parlaments sein.

In einer Aussprache mit der Kommission während der letzten Vollversammlung in Strassburg haben die Abgeordneten Auskunft über konkrete Pläne der italienischen Behörden zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und zur Bewältigung der aktuellen Krise gefordert sowie die Möglichkeit eines zweiten Verfahrens wegen Vertragsverletzung gegen Italien erwogen.

Aussprache: Dienstag, 18. Januar 2011

Abstimmung: Donnerstag, 3. Februar 2011

Verfahren: Aussprache mit Entschließung

Weitere Informationen:

- [Entwurf einer Entschließung \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

.

Die folgenden Debatten und Abstimmungen stehen ebenfalls auf der Tagesordnung:

- Rechnungsabschluss der Europäischen Polizeiakademie für das Haushaltsjahr 2008
- Abkommen über den Bananenhandel
- Initiative für Tuberkolose-Impfung